

# Schilling bleibt bei Flüchtlingen eher vage

**Wien** – Lena Schilling, Spitzenkandidatin der österreichischen Grünen bei der EU-Wahl, peilt am 9. Juni „500.000 Stimmen für den Klimaschutz“ an. In der ORF-Pressestunde kritisierte sie die ÖVP als Bremserin in vielen wichtigen Bereichen und verteidigte die weitgehende Ablehnung der Grünen gegenüber dem EU-Migrationspakt. Als Schwerpunkte nannte sie den Ausstieg aus fossiler Energie, die Mobilitätswende und die Klimawandelanpassung bei gleichzeitiger sozialer Gerechtigkeit.

Auf weitere Wahlziele über die 500.000 Stimmen hinaus wollte sich Schilling nicht festlegen lassen. Bei der EU-Wahl 2019 hatten die Grünen 532.193 Stimmen erlangt, was 14,1 Prozent Stimmanteil bedeutete. Zunächst verfügten

die heimischen Grünen damit über zwei Mandate, nach der Erhöhung der Österreich zustehenden Sitze von 18 auf 19 dann über drei. Diese Zahl zu halten, hatten die Grünen zuletzt als Ziel genannt.

Sie sei jahrelang für ihre Anliegen auf die Straße gegangen, nun wolle sie sie auch parlamentarisch vertreten, verteidigte Schilling ihren Rollenwechsel. Umweltfreundliche Mobilität wollen die Grünen mit einem Bahn-Billigtarif für Verbindungen zwischen den Hauptstädten der Union erreichen.

Zur Frage, ob Klimaflüchtlinge ein Recht auf Asyl bekommen sollten, blieb Schilling betont vage. Man müsse jedenfalls die Klimakrise nachhaltig bekämpfen, damit Menschen nicht gezwungen seien, ihr Zuhause zu verlassen. (TT, APA)



Welchen Quellen kann ich vertrauen, welchen nicht? Bildungsminister Martin Polaschek schickt Wissenschaftsbotschafter an die Schulen. Foto: APA/Punz

## „Schülerinnen und Schüler zum Denken bringen“

Im Sinne der Demokratie: Der Innsbrucker Historiker Claus Oberhauser erklärt an Schulen, wie Wissenschaft funktioniert.

Von Wolfgang Sablatnig

**Innsbruck, Wien** – Es gibt viele Gründe, warum der Innsbrucker Historiker Claus Oberhauser an Schulen eingeladen wird. Oft geht es um akute Probleme, Radikalisierung, Extremismusprävention oder Verschwörungsmythen. Oft geht es auch um Demokratiebildung. Zuletzt war er an einer Schule im Unterland: „Da geht es um Klimawandel und Klimawandel-Leugnung und die Frage, wie man damit umgehen kann“, erzählt Oberhauser im Gespräch mit der TT.

Oberhauser ist einer von mehr als 400 Wissenschaftsbotschaftern der Bildungsagentur OeAD. Bildungsminister Marin Polaschek (ÖVP) will dieses und ähnliche Programme unter der neuen Dachmarke „DNAustria“ bündeln. Ein Anstoß dafür war eine EU-weite Studie im Jahr 2021: Das Vertrauen in die Wissenschaft ist in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern alarmierend gering.

Besonders problematisch: Die Skepsis gegenüber der Wissenschaft geht oft einher mit Misstrauen gegenüber der Demokratie. DNAustria soll daher beide Bereiche verbinden. Polaschek zur TT:

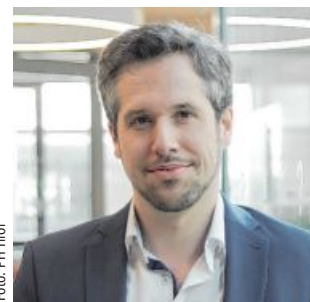


Foto: PH Tirol

„Ich führe mit den Jugendlichen ein großes Gespräch darüber, was Wissenschaft ausmacht.“

Claus Oberhauser (Institutsleiter PH Tirol)



Foto: APA/Hochmuth

„Wissenschaft hat keine so einfachen Antworten wie populistische Strömungen oder manche Parteien.“

Martin Polaschek (Bildungsminister)

„Wissenschaft kann nur in einer Demokratie gut leben, weil Wissenschaft vom Widerspruch lebt. Wissenschaft muss auch die Möglichkeit haben, Zweifel offen zu äußern. Das funktioniert nur in einer Demokratie gut.“

Oberhauser lehrte an Gymnasien und ist mittlerweile an der Pädagogischen Hochschule und der Uni in Innsbruck tätig. Wenn er jetzt an Schulen kommt, zeigt er den Jugendlichen, wie Wissenschaft an Probleme herangeht. Beispiel Klimawandel: Ein Mädchen will wissen, wie es seiner Freundin begegnen soll, die meint, der Klimawandel sei nicht von

Menschen gemacht. „Ich führe mit den Jugendlichen ein großes Gespräch darüber, was Wissenschaft ausmacht. Warum gibt es bestimmte WissenschaftlerInnen, die eine andere Meinung haben? Was ist wissenschaftlicher Konsens? Und warum kann sich dieser Konsens mit neuen Forschungsergebnissen verändern?“

Am Ende stehe dabei weniger eine eindeutige Antwort als eine Anleitung zum Umgang mit Informationen: „Welchen Quellen kann ich vertrauen, welchen nicht? Wir versuchen, die Schülerinnen und Schüler zum Denken zu bringen, und nicht so sehr,

ihnen Fakten um die Ohren zu werfen.“

Minister Polaschek hofft, mit diesem Zugang einen Beitrag im Kampf gegen Fake News und Verschwörungsmythen zu leisten: „Wissenschaft hat keine so einfachen Antworten wie populistische Strömungen oder manche Parteien. Wissenschaft beruht aber auf Tatsachen und ist der Wahrheit verpflichtet. Es hat ein anderes Gewicht, wenn Expertinnen und Experten etwas sagen.“

Eine andere Initiative in Zusammenarbeit mit dem Technischen Museum Wien ist das „Road Lab“, das Schulen anfordern können.

Mit dem 3D-Drucker an Bord ist dem „Road Lab“ Aufmerksamkeit gewiss. Aber Historiker? Langweilig? Viel lesen müssen? „Die Schülerinnen und Schüler verdrehen dann immer die Augen“, schmunzelt Oberhauser. Er erkläre ihnen dann, wie wichtig es sei, Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten zu können.

Manche Fragen an ihn seien aber ganz einfach. Oberhauser: „Am Anfang stehen oft zwei Dinge: Wie viel verdient man als Wissenschaftler eigentlich? Und warum schauen Sie nicht so aus, wie ich das geglaubt habe?“



## Messerattacke war kein Terror

Die australische Polizei geht nach der tödlichen Messerattacke in einem Einkaufszentrum in Sydney nicht von einem terroristischen Motiv des Täters aus. Der 40 Jahre alte Angreifer habe psychische Probleme und allem Anschein nach kein ideologisches Motiv gehabt, hieß es von der Polizei. Sechs Menschen starben, die Betroffenheit ist groß. Hunderte Menschen kamen am Sonntag zu Trauerbekundungen vor das Einkaufszentrum. Foto: AFP/Gray

## Schlagring, Handyfotos und ein Brand

ÖVP und FPÖ lieferten sich am Wochenende einen weiteren Schlagabtausch.

**Wien** – Im Zusammenhang mit der Spionageaffäre um Egisto Ott und dem U-Ausschuss zu „rot-blauem Machtmissbrauch“ dringen weitere Ermittlungsdetails an die Öffentlichkeit. Wie die *Krone* berichtete, sollen 2021 bei der Hausdurchsuchung bei Hans-Jörg Jenewein, dem aus der FPÖ ausgetretenen ehemaligen Nationalratsabgeordneten und FPÖ-Frakti-

onsvorsitzenden im BVT-Untersuchungsausschuss, ein Schlagring, Munitionsteile und einschlägige Handyfotos sichergestellt worden sein.

Konkret soll der einstige blaue Sicherheitssprecher Bilder von T-Shirts und Wimpel, die laut Akt „eindeutig nationalsozialistische Gesinnung erkennen lassen“, auf seinem Smartphone gehabt haben. Jenewein war damals

die Anstiftung des langjährigen BVT-Mitarbeiters „O“ zum Amtsmissbrauch vorgeworfen worden. Dieser solle ihm angebliche Geheimnisse übermittelt haben, z. B. Informationen über neue Projekte im Innenministerium. Das Ermittlungsverfahren läuft noch. Es wurden damals zahlreiche USB-Sticks, Ordner, Smartphones und andere IT-Geräte sichergestellt.

Im Mai sollen Jenewein und Ott als Auskunftspersonen in den U-Ausschuss geladen werden.

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker thematisierte gestern erneut das Verhältnis zwischen Jenewein und FPÖ-Chef Herbert Kickl. Es gebe zwei Möglichkeiten: „Entweder wusste Herbert Kickl nichts darüber, was Jenewein trieb. Das würde

nicht unbedingt für seine Fähigkeit als Politiker oder für seine Menschenkenntnis sprechen. Es ist aber ohnehin die zweite Möglichkeit wahrscheinlicher, nämlich, dass Kickl über Jeneweins Handlungen informiert gewesen sein könnte.“ Kickl sagt, Jenewein sei niemals seine rechte Hand gewesen. Die FPÖ wiederum brachte einen Brand in der ehemaligen Redaktion

von *unzensuriert.at* Sonntagnacht in Zusammenhang mit Aktivitäten der ÖVP im U-Ausschuss. Die Polizei bestätigte, es sei eine versuchte Brandstiftung gegen unbekannt angezeigt worden. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker erklärte, die ÖVP sei zum mittlerweile „wichtigsten Stichwortgeber für gewalttätige Linksextremisten“ geworden. (TT, APA)